

Niederschrift
18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.03.2013
Sitzungsbeginn:	19:45 Uhr
Sitzungsende:	21:18 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung,

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

stimmberechtigt anwesend bis TOP 6: 32 (15 CDU, 11 SPD, 2 GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)
stimmberechtigt anwesend ab TOP 6: 31 (15 CDU, 10 SPD, 2 GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stadtverordnete/r:

Herr Hans-Jürgen Back

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Behler

Herr Jürgen Berkei

Herr Frank Bonacker

Herr Michael Dickhaut

Herr Frank Drescher

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Fabian Gies

Frau Andrea Grigat-Thierau

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Philipp Hesse

Herr Werner Hesse

Herr Frank Hille

Frau Annemarie Hühn

Herr Reinhard Kauk

Herr Stephan Klenner

Herr Winand Koch

Herr Gerhard Kroll

Frau Maria März

Frau Handan Özgüven

Herr Stefan Rhein

(bis TOP 6)

Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Frau Iona Schaub
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim
Herr Friedhelm Wieber

Magistrat:

Herr Christian Somogyi
Herr Ludwig Bachhuber
Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Bernt Klapper
Frau Olga Schmitt
Herr Bernd Zink

Ortsvorsteher:

Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz

Entschuldigt fehlen:

Herr Michael Goetz, Stadtverordneter
Herr Jochen Metz, Stadtverordneter
Frau Carla Mönninger-Botthof, Stadtverordnete
Frau Ulrike Quirnbach, Stadtverordnete
Frau Hannelore Schneider, Stadtverordnete
Herr Adolf Fleischhauer, Ortsvorsteher
Herr Hartmuth Koch, Ortsvorsteher

Schriftführerin:

Schneider, Annette (Verw.-Fachwirtin)

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 **Fragestunde**
 - 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO der Frau Stv. Annemarie Hühn (CDU-Fraktion) vom 08.01.2013 (eingegangen am 15.01.2013); betr. Bereitschaftszentrale Stadtallendorf
Antrag: 23a/0259/2013
 - 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dieter Erber (CDU-Fraktion) vom 26.02.2013 (eingegangen am 05.03.2013); betr. Rechtsanspruch von Erziehungsberechtigten auf Betreuungsplätze für ihre Kinder
Antrag: 23a/0266/2013
 - 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dieter Erber (CDU-Fraktion) vom 27.02.2013 (eingegangen am 05.03.2013); betr. Sanierung Hallenbad
Antrag: 23a/0267/2013

- 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Thomas Dziuba (CDU-Fraktion) vom 14.03.2013 (eingegangen am 14.04.2013); betr. Müllabfuhr
Antrag: 23a/0268/2013

TOP **Beschlüsse**

- 3 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf, Bebauungsplan Nr. 64 "Donaustraße/Mildenaauer Weg, 1. Änderung" in der Kernstadt
a) Aufstellungsbeschluss
b) Offenlegungsbeschluss
Vorlage: FB4/2013/0023
- 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf, Bebauungsplan Nr. 93 "Niederkleiner Straße/Querspange, 1. Änderung" in der Kernstadt
a) Aufstellungsbeschluss
b) Offenlegungsbeschluss
Vorlage: FB4/2013/0022
- 5 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2013/0018
- 6 Aufstellung des Teilregionalplans Energie Mittelhessen (TRPM) zum Regionalplan Mittelhessen 2010; Anhörungsverfahren gem. § 10 Abs. 3 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG); Stellungnahme im Rahmen der Offenlegung
Vorlage: FB4/2013/0026
- 6.1 Teilregionalplan Energie Mittelhessen; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Vorlage: GRÜ/2013/0001

TOP **Anträge gem. § 14 GO**

- 7 Zukünftige Ausrichtung der Feuerwehr; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 27.02.2013 (eingegangen am 27.02.2013)
Vorlage: CDU/2013/0002
- 8 Verlegung der Breitbandverkabelung in Abwasserkanälen; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0001
- 9 Keine Leiharbeit im Internetcafé für Daueraufgaben; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0002
- 10 Kein Qualitätsabbau in hessischen Kindertagesstätten; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0003

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

- 11 Steuersätze für Spielapparate; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0252/2012
- 12 Nutzung von Solarenergie und Regenwasser auf / in städtischen Liegenschaften; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0254/2012
- 13 Nutzung von moderner LED Technik; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0253/2012
- 14 Steuersätze für Spielapparate; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 03.02.2013 (eingegangen am 27.02.2013)
Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2012 und 31.01.2013
Antrag: 23b/0263/2013
- 15 Rodung von Waldflächen in der Kernstadt; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Antrag: 23b/0264/2013
- 16 Einrichtung eines Runden Tisches für den Bereich der Niederkleiner Straße; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Antrag: 23b/0265/2013

TOP Kenntnisnahmen

- 17 Aufwandsentschädigung für die Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: FB3/2013/0001
- 18 Erhalt der ärztlichen Notdienstzentrale in Stadtallendorf
Vorlage: FB3/2013/0003
- 19 Mitteilungen
- 20 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, an der Spitze Herr Bürgermeister Somogyi, die anwesenden Ortsvorsteher, den Vertreter der Presse, Fachbereichsleiter 1, Mitarbeiter der Verwaltung sowie die beiden anwesenden Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Ferner stellt er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

Er teilt mit, dass noch eine Tischvorlage betreffend

- Aufstellung des Teilregionalplans Energie Mittelhessen (TRPM) zum Regionalplan Mittelhessen; Anhörungsverfahren gem. § 10 Abs. 3 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG); Stellungnahme Offenlegung

vorliegt. Diese wird nach Absprache im Ältestenrat als Tagesordnungspunkt (TOP) 6 behandelt. Da der bisherige TOP 8 unter TOP 6 mit behandelt bzw. zurückgezogen wird, verschiebt sich der bisherige TOP 6 auf TOP 7 die restlichen Punkte werden gemäß Einladung behandelt. Die Tagesordnungspunkte 11 und 14 werden wegen des Sachzusammenhangs in den TOP 5 integriert. Einwände ergeben sich nicht.

Herr Stv. Werner Hesse (SPD) zieht den Antrag unter TOP 10 für seine Fraktion zurück. Dies wird so hingenommen.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

TOP 2 Fragestunde

Es liegen 4 Anfragen gem. § 23 a der GO vor, die von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet werden.

TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO der Frau Stv. Annemarie Hühn (CDU-Fraktion) vom 08.01.2013 (eingegangen am 15.01.2013); betr. Bereitschaftszentrale Stadallendorf Antrag: 23a/0259/2013

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Frau Stv. Hühn (CDU) bedankt sich für die Beantwortung. Rückfragen ergeben sich nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dieter Erber (CDU-Fraktion) vom 26.02.2013 (eingegangen am 05.03.2013); betr. Rechtsanspruch von Erziehungsberechtigten auf Betreuungsplätze für ihre Kinder Antrag: 23a/0266/2013

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Zusatzfragen ergeben sich nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dieter Erber (CDU-Fraktion) vom 27.02.2013 (eingegangen am 05.03.2013); betr. Sanierung Hallenbad Antrag: 23a/0267/2013

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage.

Herr Stv. Erber (CDU) geht auf die Frage drei seiner Anfrage ein und fragt nach, ob gezielt mit den aufgeführten Städten Kontakt aufgenommen wurde. Herr Bürgermeister Somogyi antwortet, dass die Frage nicht so explizit beantwortet wurde. Die Beantwortung erfolgte dahingehend, dass die Verwaltung sich im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Bäderwesen e.V. ein Netzwerk aus Kontakten aufgenommen hat. Ziel ist es, natürlich durch die gute Vorbereitung keine Baumängel aufzeigen zu müssen, somit ist der Kontakt mit genannten Städten bisher nicht erfolgt. Es werden natürlich weitere Abstimmungsgespräche folgen.

Herr Stv. Koch (FDP) fragt nach, ob über eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist von 5 auf 10 Jahre nachgedacht wurde, um die Architekten zu verpflichten vor Ablauf der Gewährleistungsfrist zu prüfen, ob nachträgliche Baumängel entstanden sind. Herr Bürgermeister Somogyi antwortet, dass eine Verlängerung der gesetzlichen Frist nicht beabsichtigt ist. Gleichwohl soll aber vor Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungsfrist mit den Architekten eine Abnahme erfolgen.

Weitere Nachfragen ergeben sich nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Thomas Dziuba (CDU-Fraktion) vom 14.03.2013 (eingegangen am 14.04.2013); betr. Müllabfuhr
Antrag: 23a/0268/2013**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage.

Herr Stv. Dziuba (CDU) hat eine Rückfrage zu den beiden Sperrmüllterminen zu Beginn dieses Jahres. Hier waren zwei Termine Ende Januar und Anfang Februar relativ kurzfristig hintereinander angesetzt und auch die Information erfolgt kurzfristig. Der 4-Wochenrhythmus war hier nicht eingehalten. Herr Bürgermeister Somogyi antwortet, dass zu Beginn des Jahres witterungsbedingt der Abstimmungsprozess etwas schwierig war. Generell wird aber versucht die 4-wöchige Frist und die rechtzeitige Information einzuhalten. Nähere Fragen zum konkreten Fall können, wie auch allgemeine Fragen zum Thema, direkt mit den Stadtwerken geklärt werden.

Herr Stv. Hille geht auf die Qualität der gelben Säcke ein und merkt an, dass diese sehr leicht reißen, somit kann es vorkommen, dass bei der Abfuhr Säcke reißen und somit Verunreinigungen entstehen. Die Einfuhr einer gelben Tonne könnte hier Abhilfe schaffen. Zumindest sollte die Stadt darauf einwirken qualitativ bessere Säcke zu verwenden. Herr Bürgermeister Somogyi antwortet, dass die Abfuhr der gelben Säcke über das Duale System läuft. Die gelben Säcke werden nicht von der Stadt, sondern von dem durch das beauftragte Unternehmen verteilt. Somit hat die Stadt keinen unmittelbaren Einfluss auf die Qualität der Säcke. Er bittet die Stadtwerke zu informieren, sobald Verunreinigungen bei der Abfuhr entstehen. Denn letztendlich ist das Unternehmen für die Beseitigung derer verantwortlich.

Weitere Zusatzfragen ergeben sich nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP Beschlüsse

Die Tagesordnungspunkte 3 – 5 werden ohne Aussprache behandelt.

**TOP 3 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf, Bebauungsplan Nr. 64
"Donaustraße/Mildenauer Weg, 1. Änderung" in der Kernstadt
a) Aufstellungsbeschluss
b) Offenlegungsbeschluss
Vorlage: FB4/2013/0023**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
14.03.2013

Abstimmungsergebnis: 12 Ja

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 64 „Donaustraße/Mildenauer Weg, 1. Änderung“. Der räumliche Geltungsbereich ist im beigefügten Planteil des Bebauungsplanentwurfs dargestellt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf beschließt die Durchführung des erforderlichen Beteiligungsfahrens gem. § 13 BauGB.
3. Gemäß § 13 a BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Beteiligung der Behörden) abgesehen. Der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren wird ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf, Bebauungsplan Nr. 93
"Niederkleiner Straße/Querspange, 1. Änderung" in der Kernstadt
a) Aufstellungsbeschluss
b) Offenlegungsbeschluss
Vorlage: FB4/2013/0022**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
14.03.2013

Abstimmungsergebnis: 12 Ja

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 93 „Niederkleiner Straße/Querspange, 1. Änderung“ in der Kernstadt. Der räumliche Geltungsbereich ist im beigefügten Planteil des Bebauungsplanentwurfs (Anlage) dargestellt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf billigt den vorliegenden Bebauungsplanentwurf und beschließt die Durchführung der erforderlichen Beteiligungsverfahren gemäß § 13 a BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit/Beteiligung der Behörden).
3. Gemäß § 13 a BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. frühzeitige Beteiligung der Behörden) abgesehen. Der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren wird ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP 5 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2013/0018

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
19.03.2013

Abstimmungsergebnis: 12 Ja

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Stadtallendorf. Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die bisherige Satzung (Ersetzungssatzung) zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Stadtallendorf, von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen am 09.02.2006 und rückwirkend zum 01.01.1997 in Kraft getreten, tritt am gleichen Tag außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 6 Aufstellung des Teilregionalplans Energie Mittelhessen (TRPM) zum Regionalplan Mittelhessen 2010; Anhörungsverfahren gem. § 10 Abs. 3 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG); Stellungnahme im Rahmen der Offenlegung
Vorlage: FB4/2013/0026**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
14.03.2013

Abstimmungsergebnis: 12 Ja

Die TOPs 6 und 6.1 (ehemals TOP 7) werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam behandelt.

Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) zieht den Antrag für seine Fraktion zurück, da dieser durch die Vorlage hinfällig geworden ist. Er begründet jedoch kurz die Intention des Antrages und äußert die Bedenken seiner Fraktion, dass damit die Energiewende gefährdet sein könnte. Gleichzeitig bittet er über die Ziffern 1 bis 3 der Vorlage getrennt abzustimmen, da die GRÜNEN in Bezug auf die Ziffer 2 eine abweichende Meinung haben und diesem Punkt der Vorlage nicht zustimmen können.

Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet dem Einwand, dass mit dieser Vorlage die Energiewende gefährdet ist und geht kurz begründend auf die Vorlage ein. Er betont, dass die Ortsbeiräte in den Prozess eingebunden waren und auch ihre Stellungnahmen in die Vorlage eingeflossen sind. Gleichzeitig führt er aus, dass die Stadt Stadtallendorf nur für ihre betroffenen Gebiete Stellung nehmen kann, überregionale Stellungnahmen für das gesamte Land Hessen sind hier nicht gefordert.

Herr Stv. Koch (FDP) merkt an, dass der Antrag im Fachausschuss ausführlich besprochen wurde. Diese sei rechtlich teilweise nicht haltbar. Dieser hat sich durch den Rückzug erledigt. Die FDP- Fraktion wird der Vorlage der Verwaltung in allen Teilen zustimmen.

Herr Stv. Dziuba (CDU) spricht für seine Fraktion führt aus, dass diese sich in keiner Weise der Energiewende verschließt. Diese muss aber mit Maß und Ziel und mit den Bürgern erfolgen. Daher wird die CDU Fraktion der Vorlage in vollem Umfang zustimmen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang die Vorlage zur Abstimmung. Er geht dabei auf den Wunsch der Fraktion der GRÜNEN ein und nimmt die Abstimmung blockweise also die Ziffer 1 mit den Unterpunkten 1.1 – 1.3 sowie 2 und 3 einzeln vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

- 1.1 Das Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie (VRG WE) Nr. 3216 „Kohlhopf“ im Landesforst nordöstlich von Wolferode soll aus dem Planentwurf des Teilregionalplans Energie gestrichen werden.
- 1.2 Das von der Stadt Stadtallendorf angemeldete, aber seitens der Regionalplanung nicht berücksichtigte interkommunale VRG WE „Hopfenberg-(Trungelrode)“ südöstlich des bestehenden Windparks „Erksdorf-Speckswinkel“ soll im Rahmen des weiteren Verfahrens zur Aufstellung des TRPM Energie als Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie in den Regionalplan aufgenommen werden.
- 1.3 Die Ausweisung des VRG WE Nr. 3302 auf dem Gebiet der Stadt Kirchhain, südwestlich von Erksdorf, soll aus regionalplanerischen Gründen aus dem TRPM Energie zurückgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

2. Die im TRPM Energie dargestellten Vorbehaltsgebiete für die Nutzung von Freiflächenphotovoltaikanlagen (VBG PV) Nr. 31064 und 31065 im Stadtteil Schweinsberg soll zurückgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: 30 dafür (15 CDU, 11 SPD, 2 SPD, 2 REP)
2 dagegen (GRÜNE)

3. Auf die im TRPM Energie eingeführte Darstellung von „Vorzugsräumen für Biomasseanbau von Ackerfrüchten“ soll verzichtet werden. Sie widersprechen in Teilen der Landschaftsentwicklungsplanung der Stadt Stadtallendorf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 6.1 Teilregionalplan Energie Mittelhessen; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Vorlage: GRÜ/2013/0001**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
14.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Siehe TOP 6.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat bei der Stellungnahme zur Offenlegung des Teilregionalplans Energie Mittelhessen folgende Punkte mit in die Begründung aufzunehmen.

Der Magistrat spricht sich gegen Festsetzungen im Teilregionalplan Energie Mittelhessen aus, die den für das Gelingen der Energiewende notwendigen Ausbau der Windkraft in Mittelhessen gefährden.

Der Magistrat kritisiert die unnötig strikten Vorgaben der hessischen Landesregierung im Entwurf des Landesentwicklungsplans, die eine flexible Planung für die Regionalversammlung und die Kommune erschweren.

Die Vorgabe von mindestens 5,75 m/s Windgeschwindigkeit nach dem TÜV-Gutachten erschwert das Erschließen von geeigneten auch für die Bürgerinnen und Bürger konfliktärmeren Standorten, die bei exakter Messung auch deutlich über den vom TÜV-Gutachten gemessenen Werten liegen können.

Darüber hinaus wird der vollständige Ausschluss von Natura 2000 Gebieten für Vorranggebiete Windenergie als kritisch erachtet. Es ist notwendig, anlassbezogen zu prüfen, ob bestimmte Schutzzwecke wirklich berührt werden. Dieser Aspekt ist gerade auch für das sogenannte Repowering von besonderem Belang.

Zu den beiden Kategorien Ausschlussgebiet und Vorranggebiet sollte noch die Kategorie Eignungsgebiet aufgenommen werden. So könnte man zusätzliche Flächen bei der Diskussion um die Vorranggebiete betrachten.

Beratungsergebnis: zurückgezogen

TOP Anträge gem. § 14 GO

**TOP 7 Zukünftige Ausrichtung der Feuerwehr; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 27.02.2013 (eingegangen am 27.02.2013)
Vorlage: CDU/2013/0002**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 12.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Frau Stv. Schaub (CDU) begründet den Antrag für ihre Fraktion. Sie geht dabei ausführlich auf die einzelnen anstehenden wichtigen und zukunftsweisenden Entscheidungen ein. Ihre Fraktion hat sich durch Besuche an den Feuerwehrstandorten ein Bild von der derzeitigen Situation gemacht. Danach zeigt sie die Handlungsbedarfe auf. Gleichzeitig weist sie auf die Ausrichtung in der Zukunft auch im Hinblick auf den demographischen Wandel hin.

Herr Bürgermeister Somogyi bestätigt die Wichtigkeit der aufgeworfenen Fragen. Er merkt jedoch an, dass die Themenfelder bereits aufgegriffen wurden. Es gab bereits ausführliche Diskussionen der Wehren und Ortsbeiräten der Stadtteile Erksdorf und Hatzbach. Hier wurde klar heraus gestellt, dass die Lösung mit dem Bau von zwei Gerätehäusern favorisiert wird. Zur weiteren Klärung, auch des Finanzierungsbedarfs, wurde eine große Sitzung mit allen Beteiligten (Ortsbeiräte, Feuerwehren, Fachausschuss II, DuI sowie den Fachbereichen 3 und 4) für den 09.04.2013 anberaumt. Danach können weitere konkrete Schritte eingeleitet werden.

Herr Bürgermeister Somogyi geht weiterhin auf die notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Feuerwehr Kernstadt ein. Er verweist auf die Absprachen, dass hier eine Sanierung für die Jahre 2015/2016 möglich ist. Der Entscheidungsprozess hängt allerdings auch von Alternativen in Bezug auf die

Entwicklung der Stadtmitte ab. Sollte sich ein Investor für das bestehende Gebäude finden, müsse über Alternativstandorte nachgedacht werden. Somit können hierzu noch keine konkreten Aussagen getroffen werden.

Gleichzeitig weist er auf die Wichtigkeit der Feuerwehren im Allgemeinen hin und verweist auf die den Feuerwehrentwicklungsplan festgestellten Maßnahmen und die im Haushalt veranschlagten Investitionen für die Beschaffung neuer Fahrzeuge und die notwendigen Neubauten bzw. Sanierungsmaßnahmen.

In Bezug auf die Beschaffung eines Fahrzeuges für den Stadtteil Hatzbach merkt er an, dass die Entscheidung für die weitere Vorgehensweise in den Stadtteilen Hatzbach und Erksdorf in den nächsten zwei Monaten gefällt werde. Der Antrag unterstützt somit die zeitliche Planung, jedoch sieht er die Verwaltung voll im Zeitrahmen. Die Sitzung am 09.04.2013 mit ihrer Intention auch im Hinblick auf die Klärung der Wirtschaftlichkeit war bekannt.

Herr Stv. Hille (CDU) merkt an, dass das Parlament die Entscheidungen trifft und somit braucht das Parlament eine gesicherte Informationsbasis um diese treffen zu können.

Es ergibt sich eine sehr ausführliche und emotionale Diskussion zum Thema, in deren Verlauf Herr Stv. Werner Hesse (SPD) davor warnt, die freiwilligen Feuerwehren auf die Ebene der Parteipolitik zu ziehen. Der Antrag der CDU sei zwar in der Abforderung von Informationen richtig, jedoch hat das Parlament bereits wichtige Entscheidungen getroffen. Der Feuerwehrentwicklungsplan wurde mit all den aufgeführten Maßnahmen beschlossen und die Arbeit dazu hat begonnen. Der Antrag suggeriert nun, dass bisher niemand auf die Idee gekommen wäre in der Sache tätig zu werden. Die Vermittlung dieses Eindrucks sei fatal und er weist diesen für seine Fraktion ausdrücklich zurück. Die Feuerwehren leisten einen wichtigen, ehrenamtlichen Dienst und sollten daher nicht in politisches Kalkül einbezogen werden. Hier könnten allzu große Diskussionen um die Wirtschaftlichkeit und Prognosen über künftige Alarmstärken dem ehrenamtlichen Engagement entgegenstehen.

Herr Stv. Klenner (CDU) reagiert auf die Warnung von Herrn Stv. Hesse und weist den Verdacht die Probleme um die Feuerwehren auf eine politische Ebene zu ziehen entschieden zurück. Seiner Fraktion gehe es lediglich um eine gesicherte Informationsbasis.

Herr Stv. Wieber (FDP) mahnt an, bei diesem hochsensiblen Thema nicht die Plattform zu verlassen. Er sieht es als legitim eine gesicherte Informationsbasis zu fordern. Da er selbst seit Jahren Feuerwehrmann ist, ist ihm die Situation innerhalb der Feuerwehren bekannt. Er ist der Überzeugung, dass sich die Kommune nicht ihrer Verantwortung in diesem Bereich entziehen wird. Die Planungen sind jedoch sinnvoll abzustimmen und es ist eine Prioritätenliste für die Abarbeitung der Probleme zu erstellen. Hierbei ist eine sachliche und ordentliche Vorgehensweise unabdingbar.

Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) unterstützt die Fragestellung der CDU-Fraktion und sichert für seine Fraktion Zustimmung zum Antrag zu.

Herr Stv. Thierau (REP) stimmt für seine Fraktion in einem kurzen Statement für die Feuerwehren ebenfalls dem Antrag zu.

Herr Stv. Werner Hesse (SPD) geht nochmals auf seine Hinweise ein merkt aber an, dass auch seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein zukunftsweisendes Baukonzept für die Feuerwehr Stadtallendorf-Mitte zu entwickeln und eine Kostenschätzung für einen möglichen Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dem jetzigen Gelände vorzulegen. Der Magistrat wird außerdem beauftragt, mögliche Alternativstandorte zu prüfen und Auskunft zu erteilen, ob und zu welchen Konditionen ein Neubau auf einem anderen Gelände möglich wäre.
2. Der Magistrat wird beauftragt, einen umfassenden Vergleich der Bau-, Betriebs- und Folgekosten sowie der langfristigen Prognosen hinsichtlich der Alarmstärke vorzunehmen.
 - a) für den Fall, dass die Feuerwehren Erksdorf und Hatzbach weiterhin jeweils eigene Feuerwehrgerätehäuser betreiben;
 - b) für den Fall, dass die Feuerwehren Erksdorf und Hatzbach künftig über ein gemeinsames Feuerwehrgerätehaus verfügen.

Bei diesem Vergleich ist der Vorschlag der Feuerwehr Erksdorf, ein künftiges Feuerwehrgerätehaus mit dem Bürgerhaus zu verbinden, zu berücksichtigen. Ferner sind Konzepte für die künftige Nutzung der bisherigen Feuerwehrgerätehäuser vorzulegen.

3. Die Ergebnisse der Prüfungen bzgl. der Feuerwehren Erksdorf und Hatzbach werden der Stadtverordnetenversammlung noch vor der Sommerpause mitgeteilt. Das Ergebnis der Prüfungen bzgl. der Feuerwehr Stadtallendorf-Mitte wird der Stadtverordnetenversammlung bis zum Jahresende mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 8 Verlegung der Breitbandverkabelung in Abwasserkanälen; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0001**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
14.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Philipp Hesse (SPD) begründet den Antrag für seine Fraktion.

Herr Stv. Berkei (CDU) merkt an, dass diese Technik grundsätzlich sinnvoll sei und seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er gibt jedoch zu bedenken, dass auch hier erhebliche Kosten anfallen und die Maßnahmen in Abstimmung mit dem Bedarf – insbesondere der Industrie – angegangen werden sollten.

Herr Stv. Koch (FDP) merkt an, dass ein Antrag der FDP-Fraktion in Bezug auf die Breitbandverkabelung abgeblockt wurde. Er sieht ein Problem indem hier die Stadt die Arbeit für die Gesellschaft Breitbandverkabelung macht und merkt an, dass diese mit ihrer Arbeit nicht vorankommt. Hier sollte eventuell mehr Druck gemacht werden. In der Sache stimmt seine Fraktion dem Antrag zu.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob im Rahmen der Breitbandnetzgesellschaft eine Verlegung der Glasfaserkabel in (Teilen) der bestehenden Abwasserkanalisation möglich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 9 Keine Leiharbeit im Internetcafé für Daueraufgaben; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0002**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 12.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Philipp Hesse (SPD) begründet den Antrag für seine Fraktion und stellt dabei die Umformulierung dessen ausführlich dar.

Herr Stv. Gies (CDU) erläutert den Änderungsantrag der CDU Fraktion und stellt diesen inhaltlich dar.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang zunächst über den Antrag der SPD Fraktion abstimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die dauerhafte Verwendung von Leiharbeitskräften durch die Stadt Stadtallendorf auf Tätigkeitsfeldern aus, die nicht nur kurzfristig zu erledigen sind. Dies gilt insbesondere für eine solche Tätigkeit für mehr als sieben Jahre.
2. Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich solche nicht zu akzeptierenden Leiharbeitsstrukturen in geordnete Arbeitsverhältnisse bei der Stadt Stadtallendorf zu überführen.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür (10 SPD, 2 GRÜNE)
19 dagegen (15 CDU, 2 FDP, 2 REP)

Nachdem dieser abgelehnt wurde, stellt er den Änderungsantrag der CDU Fraktion zur Abstimmung.

Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, den Mitarbeiter, der im Jugendzentrum für die Betreuung des Internetcafés zuständig ist, aus dem bestehenden Leiharbeitsverhältnis kostenneutral in ein reguläres befristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Eine Ausweitung des Stundenkontingents darf damit nicht verbunden sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist somit einstimmig angenommen.

**TOP 10 Kein Qualitätsabbau in hessischen Kindertagesstätten; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 04.03.2013 (eingegangen am 05.03.2013)
Vorlage: SPD/2013/0003**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 12.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Siehe TOP 1.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den von der CDU-FDP-Koalition im Hessischen Landtag vorgelegten Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes ab. Das Gesetz steht im Gegensatz zu den Zielen einer guten, pädagogisch sinnvollen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und angemessenen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es wird vielmehr dazu beitragen, die Qualität der Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschlechtern.

Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat der Stadt Stadtallendorf auf, in der anstehenden parlamentarischen Beratung über die kommunalen Spitzenverbände, die Fachverbände und auch gegenüber Sozialminister Grüttner darauf hinzuwirken, dass der Entwurf des Kinderförderungsgesetzes zurückgenommen und umfassend überarbeitet wird. Der Magistrat wird aufgefordert, dabei deutlich zu machen, dass es die Aufgabe des Landes Hessen sein muss, die Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen von U3 bis zu Betreuungsangeboten in der Grundschule nachhaltig zu verbessern statt zu verschlechtern. Das bezieht sich insbesondere auf

die Gruppengrößen, die Qualifikation, Fortbildung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten sowie eine angemessene anteilige Finanzierung der Einrichtungen durch das Land Hessen.

Beratungsergebnis: zurückgezogen

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

**TOP 11 Steuersätze für Spielapparate; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0252/2012**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 14.12.2012 durch den Magistrat beantwortet (siehe TOP 5).

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 12 Nutzung von Solarenergie und Regenwasser auf / in städtischen Liegenschaften; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0254/2012**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 17.01.2013 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Koch (FDP) bedankt sich zu TOP 12 und 13 für die ausführliche und qualifizierte Beantwortung durch die Verwaltung.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 13 Nutzung von moderner LED Technik; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Antrag: 23b/0253/2012**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 23.01.2013 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 14 Steuersätze für Spielapparate; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 03.02.2013 (eingegangen am 27.02.2013)
Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2012 und 31.01.2013
Antrag: 23b/0263/2013**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 14.03.2013 durch den Magistrat beantwortet (siehe TOP 5).

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 15 Rodung von Waldflächen in der Kernstadt; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Antrag: 23b/0264/2013**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 14.03.2013 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 16 Einrichtung eines Runden Tisches für den Bereich der Niederkleiner Straße; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2013 (eingegangen am 04.03.2013)
Antrag: 23b/0265/2013**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 13.03.2013 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) bedankt sich die Beantwortung der Anfrage. Er geht nochmals auf die Problematik ein und merkt an, dass eine frühere Information wünschenswert gewesen wäre. Gleichzeitig stellt er die Position seiner Fraktion in Bezug auf die Situation in der Niederkleiner Straße dar.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP Kenntnisnahmen

**TOP 17 Aufwandsentschädigung für die Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: FB3/2013/0001**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 12.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Angehörige der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Stadtallendorf erhalten ab dem 01.01.2013 eine Aufwandsentschädigung von 7,00 € je Einsatzstunde.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 18 Erhalt der ärztlichen Notdienstzentrale in Stadtallendorf
Vorlage: FB3/2013/0003**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 12.03.2013

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Bezugnehmend auf die Resolution der Stadtverordnetenversammlung zum Erhalt des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Stadtallendorf ist als Anlage eine Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung vom 28. Januar 2013 zur Kenntnisnahme beigefügt.

Beratungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 19 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Herr Bürgermeister Somogyi erinnert an den Termin „Ehrung Werner Hesse“ am 22.03.2013 um 18:00 Uhr.

TOP 20 Verschiedenes

Nachdem sich keine Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ ergeben, beendet Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang die Sitzung.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Hans-Georg L a n g
Stadtverordnetenvorsteher

Annette Schneider
Verw.-Fachwirtin